

1. Wie hilft das Land mit Ihrer Regierungsbeteiligung der Stadt Remscheid weiter aus der Finanzkrise?
Mit dem Stärkungspakt und der Anpassung des Gemeindefinanzierungsgesetzes hat das Land schon viel zur Verbesserung der Finanzsituation der Stadt Remscheid beigetragen. In einem nächsten Schritt gilt es, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein Aufbauprogramm West durchzusetzen. Außerdem muss der Bundesanteil an den sozialen Kosten zugunsten der Kommunen erhöht werden. Entscheidend ist, dass das Land die Schuldenbremse nicht auf Kosten der Kommunen gestaltet.
2. Kultur gilt als freiwillige Ausgabe – und Remscheid steht vor dem kulturellen Kahlschlag. Was wollen Sie als Landespolitikerin tun, um die Remscheider Kultur, insbesondere die Bergischen Symphoniker, doch noch zu retten?
Die Unterscheidung in freiwillige und pflichtige Aufgaben muss dringend überarbeitet werden, nicht allein in der Kultur, sondern auch in der Bildung oder im Klimaschutz. Eine Beteiligung des Landes könnte sicher das Orchester retten. Ob es dazu kommt wird letztlich davon abhängen, in wie weit andere Städte und Gemeinden damit einverstanden sind.
3. Remscheid ist mit der Landesvorgabe überfordert, bis zum nächsten Jahr für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren adäquate Betreuungsplätze vorzuhalten. Muss das Gesetz zur U3-Betreuung im Interesse der Kommunen geändert werden? Bitte begründen Sie Ihren Standpunkt.
Ja und nein. Die Ausbauvorgabe des Bundes ist mit zu wenig finanziellen Mitteln hinterlegt und deshalb aus Sicht der finanzschwachen Stadt Remscheid nicht in dem Maße zu realisieren, wie wir es uns wünschen. Tatsächlich wird der Bedarf größer sein als 35%. Bei der Finanzierung der restlichen Plätze sehe ich Bund und Land in der Verantwortung. Entscheidend werden auch Landeshilfen mit der Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung sein. Wir werden die Erzieher und Erzieherinnen zu entlasten.
4. Wie werden Sie sich als Landtagsabgeordnete dafür stark machen, dass Remscheid ein Designer Outlet-Center bekommt?
Das Ziel „Stärkung der Zentren – kein Einzelhandel auf der grünen Wiese“ wird von Mitgliedern aller Fraktionen im Landtag vertreten. Angesichts der Problemlagen insbesondere der Städte aus dem Ruhrgebiet wird es schwierig sein, die erforderliche Ausnahmegenehmigung zu bekommen. Vielleicht gelingt das über eine gute Vernetzung. Wesentlich einfacher wäre es, das DOC durchzusetzen, wenn es nicht auf der grünen Wiese gebaut werden sollte.
5. Das Land blockiert die Öffnung der unteren Alleestraße und damit die geplante ISG, die die Alleestraße nachhaltig beleben soll. Wie lösen Sie als Landespolitikerin dieses Dilemma?
Die ISG ist die richtige Antwort auf die vielen Fragen in Zusammenhang mit der unteren Alleestraße. Eine positive Entwicklung kann nur erfolgen, wenn die Gewerbetreibenden und die Immobilienbesitzer an einem Strang ziehen und gemeinsam zur Belebung beitragen. Dabei kann die Öffnung nur einer von vielen Bausteinen sein. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die ISG so schnell wie möglich starten kann.